

Der ewige Streit ums Erbe

Eine Million Euro Lebensfreibetrag, keine Schenkungen mehr, höhere Belastungen für Firmen: Die SPD-Pläne für die Erbschaftsteuer sorgen bei Hausbesitzern wie bei Wirtschaftsvertretern für Unmut. Auch der Koalitionspartner äußert sich deutlich.

VON MARC BEYER

München – Oma ist auch diesmal dabei. Im SPD-Konzept zur Erbschaftssteuer steht der schöne Satz, es sei selbstverständlich, „dass das Wohnhaus von Oma steuerfrei geerbt werden kann, aber für drei Villen Erbschaftsteuer anfällt“. Das klingt klischeehaft, aber vertraut. Großmutter und ihr Häuschen sind klassisch sozialdemokratische Rhetorik, die sündteuren Villen ebenso.

Für SPD-Fraktionsvize Wiebke Esdar ist es „eine Frage der Gerechtigkeit“. Hier die Entlastungen bei privaten Erbschaften: ein Lebensfreibetrag von einer Million Euro, dafür der Verzicht auf Schenkungen (bis zu 400 000 Euro alle zehn Jahre), das steuerfreie Erben einer selbst genutzten Immobilie. Dort höhere Belastungen für Firmen: Abkehr von den Verschonungsregeln, die viele neue Besitzer von der Erbschaftsteuer befreit, allenfalls eine Stundung der Zahlung über bis zu 20 Jahre, nur fünf Millionen Euro Freibetrag.

Esdar verweist auf eine Summe von über 300 Milliarden Euro, die jedes Jahr vererbt werde – „steuerlich erfasst und besteuert werden momentan 9,2 Milliarden“. Ihre Partei wolle keine Steuern erhöhen, bloß „Multi-millionen- und Milliardenerb-schaften“ ins Visier nehmen.

Das klingt, als würden die Sozialdemokraten nur nach ganz oben zielen. Getroffen fühlt



Streit über Erbschaftsteuer

Berlin – Die Union hat die Pläne des Koalitionspartners SPD für eine Reform der Erbschaftsteuer klar zurückgewiesen. „Der Vorschlag der SPD schwächt die deutsche Wirtschaft massiv“, sagte CSU-Chef Markus Söder. Eine geplante Abschaffung von Verschonungsregeln beim Betriebsvermögen hätte die Abwanderung vieler Unternehmen oder sogar deren

Ende zur Folge, warnte er. Unterstützung erhielten die Sozialdemokraten hingegen vom Sozialverband VdK sowie von der Linkspartei. Deren Fraktionschefin Heidi Reichinnek nannte die Erbschaftsteuer „in ihrer jetzigen Form eine der ungerechtesten Steuern im Land“. Drei Viertel der Milliardäre hätten ihr Vermögen ererbt. »POLITIK/KOMMENTAR

Harmonischer Übergang: Ingrid Obermeier-Osl mit ihrem Nefen und Co-Geschäftsführer Alexander Obermeier. PRIVAT

man sich aber auch ein paar Etagen tiefer. Zum Beispiel in Schwindegg im Landkreis Mühldorf. Ingrid Obermeier-Osl, Senior-Chefin des dortigen Holzwerks mit rund 170 Mitarbeitern, will in absehbarer Zeit den Betrieb an ihren Nefen übergeben. Würde da Erbschaftsteuer fällig, wie es sich die SPD vorstellt, ginge es unweigerlich an die Substanz: „Im Mittelstand sind die Margen mün-i, jeder Cent wird wieder ins Unternehmen gesteckt.“

Obermeier-Osl, auch Vizepräsidentin der IHK für München und Oberbayern, sagt, sie habe Angst um den Mittelstand, „wenn Eigenkapital und Investitionskraft so geschmälert werden“. Und sie fragt sich, „wie man überhaupt auf die Zahl fünf Millionen kommt“, so realitätsfern und niedrig.

Mit dieser Einschätzung ist sie nicht allein. Eva Vesterling,

Vorsitzende der Familienunternehmer in Bayern, beklagt, die Summe reiche „bei Weitem nicht aus, um die Nachfolge abzusichern. Maschinenparks, Lagerhallen, Bürogebäude und Betriebskapital treiben Unternehmenswerte schnell in zweistellige Millionenbeträge.“ Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft spottet, das SPD-Papier stamme aus einer „Parallelwelt“ und sei ein „Mittelstands-Zerschlagungs-Konzept“. „Große Betriebsvermögen drohen vernichtet zu werden“, warnt Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Rudolf Stürzer wiederum hadernt mit dem Teil des Entwurfs, der auf Privatpersonen abzielt: „Das ist eine weitere Verschlechterung.“ Der Vorsitzende der Münchner Hausbesitzervereinigung „Haus + Grund“ verweist auf die steigende Dis-

krepanz zwischen dem Papierwert von Immobilien, speziell in Oberbayern, und den Mieteinnahmen. Letztere hätten sich zwar ebenfalls deutlich erhöht, aber viel geringer als der Verkehrswert. „Da ist seit der Finanzkrise alles aus den Fugen geraten. Der Wert hat sich verfünffacht, die Steuer damit auch.“ Die Freibeträge sind hingegen heute so hoch wie 2009.

Stürzer warnt, dass gerade Vermieter, die nicht das Maximum rausholen wollen, am Ende zum Verkauf gezwungen sein könnten. Steige dann ein Investor ein, „weht gleich ein ganz anderer Wind“. Leidtragende seien letztlich die Mieter, ausgerechnet. „Ich frage mich, warum die SPD das nicht sieht.“

Unverständnis herrscht auch beim Koalitionspartner. Unions-Fraktionsvize Mathias Middelberg (CDU) sorgt sich vor allem um den familiengeführten Mittelstand. Nach Jahren des Stillstandes seien „nicht Steuererhöhungen, sondern Senkungen dringend notwendig“. Christian von Stetten (CDU) sieht gar „das Ende des Koalitionsfriedens“ nahen.

Ähnlich groß ist der Unmut in Bayern. „Die SPD hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden“, sagt Finanzminister Albert Füracker. Das gelte nicht nur für private Erben, denen ein „mutloser“ und „viel zu niedriger“ Lebensfreibetrag präsentiert werde. Noch unzureichender seien die Ideen für Unternehmen. Da verschleße sich das Konzept der Realität: „Es würde unsere so wichtige Unternehmenslandschaft in voller Breite treffen.“

Es gibt reichlich Redebedarf in der Koalition, mal wieder. SPD-Fraktionsvize Esdar fürchtet dennoch nicht, dass hier der nächste Streit aufzieht. Sie ist sich sicher: Wenn die Union erst mal alle Details gelesen habe, werde das Echo schon „wesentlich positiver“ ausfallen.

KOMMENTAR

14,1 Millionen Deutsche haben Aktien. Rekord! Im Umkehrschluss heißt das aber: rund 60 Millionen der über 14-Jährigen hierzulande sind immer noch keine Aktionäre. Verglichen mit Ländern wie den USA, Großbritannien, Schweden oder der Schweiz ist das eine miserable Quote.

Dass die Deutschen einen Bogen um die Börse machen, hat mit der starken deutschen Banken- und Finanzlobby zu-

So viele Aktionäre wie noch nie

Endlich weg mit der „German Angst“

VON ANDREAS HÖSS

tun. Sie kassierte lange lieber hohe Provisionen für windige Zertifikate und renditeschwache Versicherungen, als günstige ETFs zu vertreiben. Zum anderen halten immer noch zu



viele Sparer die Börse für ein Casino, weil sich schmerzhaft Verluste durch den Crash am Neuen Markt, den Absturz der Telekom-Aktie oder die Finanzkrise tief eingebrannt haben.

Wollen die Deutschen ihren privaten Wohlstand erhalten, müssen sie endlich ihre „German Angst“ gegenüber allem Neuen und Riskanten überwinden. Denn Festgeld und Lebensversicherungen alleine reichen nicht, um die Inflation auszugleichen. Das hat nach Endlos-Debatten nun auch die Bundesregierung erkannt und will die Altersvorsorge mit Aktien ab 2027 fördern. Gut so!

Andreas.Hoess@merkurtz.de